

# Denker wehrt sich gegen Vorwürfe

**GGG STROMBERG** Bürgermeisterin wundert sich auch über den späten Zeitpunkt der Kritik

Von Gert Schatto

**STROMBERG.** Die Vorwürfe gegen die Bürgermeisterin häufen sich. Anke Denker (SPD) soll die Probleme der Gesellschaft für Gewerbeansiedlung (GGG) viel zu lange für sich behalten haben, schimpfte der politische Gegner. Und im Wissen um die Schieflage der GGG habe sie dann noch den Haushalt der Verbandsgemeinde abstimmen lassen – ohne den Verbandsgemeinderat zuvor über die drohende Insolvenz der Gesellschaft zu informieren. Und nun wirft auch noch der Aufsichtsratsvorsitzende, Christde-

mokrat Hans-Joachim Schöffner, der Sozialdemokratin Denker vor, sie hätte sich mehr um die Vermarktung der Grundstücke der Gesellschaft kümmern müssen.

## Keine Zeit

Denker weist alle Vorwürfe zurück. Das Schreiben der Sparkasse, dass Konten eingefroren werden, habe sie am 20. Februar über die Geschäftsführung der GGG erhalten. Drei Tage später sei das Papier in der Post der Verbandsgemeinde gewesen. Am 26. Februar habe die Haushaltsberatung angestan-

den – „was hätte ich da noch machen können?“, fragt Denker, zumal sie bis zu diesem Tag noch keinen Termin bei der Sparkasse gehabt habe.

Die Kritik, sie hätte sich mehr um die Vermarktung der Grundstücke kümmern sollen, geht für Denker völlig daneben. Es habe eine eindeutige Aufgabentrennung gegeben, die Vermarktung sei unmissverständlich alleinige Sache der Geschäftsführung: „Und wir haben ja einen Aufsichtsrat“, weist die Bürgermeisterin auf dieses von Schöffner geführte Gremium.

Eigentlich will Denker jedoch nicht nachkarten. Denn „wir

sind jetzt auf einem guten Weg“, versicherte die Bürgermeisterin gestern. Dass „jetzt alle aus den Löchern kommen und sagen, sie haben es alle gewusst“, wurmt die Sozialdemokratin

» Wir sind jetzt auf einem guten Weg. «

ANKE DENKER, Bürgermeisterin

dann aber doch. Wenn etwa die Kritiker von heute schon 2014 ahnten, was da auf die Verbandsgemeinde zukomme – „wieso haben wir dann jetzt 2015?“ Ihre eigene Rolle will

die Sozialdemokratin da durchaus selbstkritisch bewertet wissen: „Ich habe viel gelernt.“

Besonders aber ärgert Denker, dass in der Diskussion die Erfolgsgeschichte Gewerbegebiet unter die Räder zu geraten droht. Die Bürgermeisterin rechnet vor: 4,5 Millionen Euro Gewerbesteuer in zehn Jahren, mehr als eine Million Euro Vermögenssteuer. Zudem drohe die Debatte jetzt auch noch, mögliche Grundstückskäufer abzuschrecken. „Und es sind gute Grundstücke“, wischt Denker Gerüchte vom Tisch, hier gebe es aufgrund von Lage und Zuschnitt Vermarktungsprobleme.